

Lfd. Nr. 3

**Niederschrift
über die Sitzung des Kreistages
am 16. Nov. 2018
Kreistagssitzungssaal des Kreishauses in Husum**

Beginn: 09:35 Uhr

Ende: 14:05 Uhr

Inhalt

öffentlich

TOP 1	Einwohnerfragestunde	
TOP 1.a	günstiger Wohnraum	
TOP 1.b	Schülerverkehr	
TOP 2	Anfragen	
TOP 2.a	Westküstenleitung	
TOP 2.b	Rettungsdienst	
TOP 2.c	Jugend im Kreistag	
TOP 2.d	Bedarfsampel Stedesand	
TOP 3	Genehmigung der Niederschrift des Kreistages vom 21.09.2018	
TOP 4	Bericht des Landrates zur Kampagne "Moin Lieblingsland"	
TOP 5	Beratung und Beschlussfassung über Gremienbesetzungen sowie die Umbesetzung von Ausschüssen, Beiräten pp.	
TOP 6	Beratung und Beschlussfassung über Gremienbesetzungen sowie die Umbesetzung von Ausschüssen, Beiräten pp. hier: Jugendhilfeausschuss	140/2018
TOP 7	Beratung und Beschlussfassung über das Verfahren für die Wahl der Landrätin / des Landrates	137/2018
TOP 8	Kenntnisnahme über die Umsetzung des Personalkostenzuschussbudgets bis 2017 sowie Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung bis 2019	139/2018
TOP 9	Beratung und Beschlussfassung über Erlass einer Jagdsteuersatzung für den Kreis Nordfriesland	142/2018
TOP 10	Beratung und Beschlussfassung über die Befreiung der Landrätin / des Landrates von den Beschränkungen des § 181 BGB für Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Entflechtung von Kreis Nordfriesland und Stiftung Nordfriesland	159/2018
TOP 11	Beratung und Beschlussfassung über die Überleitung des Personals der Kreismusikschule vom Kreis an die Stiftung Nordfriesland	134/2018 1. Ergänzung

TOP 12	Beratung und Beschlussfassung über einen Vertrag zwischen der Kulturstiftung und dem Kreis Nordfriesland zur Übernahme des jährlichen Verlustausgleichs bei der Schleswig-Holsteinischen Landestheater und Sinfonieorchester GmbH	122/2018 1. Ergänzung
TOP 13	Beratung und Beschlussfassung über eine Vereinbarung zwischen der Kulturstiftung und dem Kreis Nordfriesland zur Übernahme der Verbandsumlage des Zweckverbandes Museumsverbund Nordfriesland	128/2018 1. Ergänzung
TOP 14	Beratung und Beschlussfassung über die Teilnahme des Kreises Nordfriesland an der Entwicklungsphase von "TRAFO 2 - Modelle für Kultur im Wandel"	130/2018
TOP 15	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der DLRG Kreisverbandes Nordfriesland e.V. auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses	66/2018 2. Ergänzung
TOP 16	Beratung und Beschlussfassung über Trägerschaft und Umsetzung des Heidepflegeprogrammes „Heideprogramm 2.0“ aus ELER-Mitteln einschließlich der notwendigen Vorfinanzierung	141/2018
TOP 17	Beratung und Beschlussfassung über Verwendung der Eigenmittel des Bundesprogramms Kita-Einstieg - Brücken bauen in Frühe Bildung	113/2018
TOP 18	Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Beratung und Betreuung von Pflegefamilien nach § 86 Abs. 6 SGB VIII mit Kostenerstattung	114/2018
TOP 19	Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der Projekte „Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der sozialen Teilhabe in ländlichen Räumen“ und „Projektmanagement Mobilität als Motor der Kooperationsraumentwicklung“	124/2018
TOP 20	Beratung und Beschlussfassung über einen Zuschuss für die Neuausrichtung der nordfriesischen Lammtage	126/2018
TOP 21	Beratung und Beschlussfassung über einen Handlungsplan zur Wohnungsnot in Nordfriesland	
TOP 22	Beratung und Beschlussfassung über die Vermeidung von nicht ökologisch abbaubaren Materialien bei Veranstaltungen des Kreis Nordfriesland und seiner Institutionen	
TOP 23	Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergaberechts in Schleswig-Holstein“	
TOP 24	Beratung und Beschlussfassung über Verwendungsnachweise für Fördergelder des Kreises	
TOP 25	Beratung und Beschlussfassung über einen Prüfauftrag zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft	

Herr stellv. Kreispräsident Siegfried Puschmann begrüßt um 09:35 Uhr die Mitglieder des Kreistages, Herrn Landrat Harrsen, die anwesenden Zuschauer, die Vertreter der Presse sowie die Damen und Herren der Verwaltung.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und benennt die Abg. Margitta Broda (SPD) und den Abg. Berthold Brodersen (FDP) zu Stimmzählern sowie Herrn Henning Christiansen zum Protokollführer.

Herr stellv. Kreispräsident Puschmann berichtet, dass eine Dringlichkeitsvorlage der Verwaltung (Vorlagen Nr. 159/2018, Befreiung der Landrätin / des Landrates von den Beschränkungen des § 181 BGB) vorliegt. Der Kreistag beschließt einstimmig die Dringlichkeit und sortiert die Vorlage als TOP neu 10 ein.

Die Tagesordnung verschiebt sich entsprechend. Der Kreistag beschließt, dass der Tagesordnungspunkt 26 unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden sollen.

Der Kreistag stellt die Tagesordnung mit den v.g. Änderungen einstimmig fest.

öffentlich

TOP 1 **Einwohnerfragestunde**

TOP 1.a **günstiger Wohnraum**

Herr Delfs, Husum, bezieht sich auf die Diskussion über günstigen Wohnraum in Nordfriesland. Er stellt folgende Fragen:

- 1.) Verfügt der Kreis Nordfriesland über einen Sozialatlas, aus welchem hervorgeht, wie es den Menschen sozial konkret geht?
- 2.) Hat der Kreis konkrete Zahlen zu fehlenden Wohnungen mit Sozialbindung?
- 3.) Hat der Kreis konkrete Zahlen zum Lohnniveau?
- 4.) Was kann der Kreis für Familien tun, die knapp oberhalb des Bedarfsniveaus leben und Probleme mit der Mietzinszahlung haben?
- 5.) Herr Delfs berichtet, dass eine Familie mit drei minderjährigen Kindern in der Obdachlosenunterkunft in Husum zwangsuntergebracht ist. Der Vater geht arbeiten, verdient aber sehr wenig. Er arbeitet allerdings so viel, dass die Familie nicht im Leistungsbezug ist. Er fragt an, ob der Landrat hier intervenieren könnte.

Herr Landrat Harrsen sagt eine schriftliche Antwort zu.

TOP 1.b **Schülerverkehr**

Frau Jakubzik, Kreisschülervertretung Nordfriesland, bezieht sich auf den Beschluss des Kreistages vom 21.9.2018 zur Resolution an die Landesregierung zur Übernahme der Schülerbeförderungskosten für Oberstufenschüler/Innen und Auszubildende. Sie fragt an, ob es bereits eine Reaktion seitens des Landes gegeben hat.

Herr Landrat Harrsen antwortet, dass noch keine Antwort aus Kiel vorliegt. Sobald eine Antwort eingeht, wird diese auch an die Kreisschülervertretung weitergeleitet.

TOP 2
Anfragen
TOP 2.a
Westküstenleitung

Der Abg. Olde Oldsen bezieht sich auf den 4. Bauabschnitt der geplanten Westküstenleitung. Er berichtet, dass dort der Planfeststellungsbeschluss noch nicht ergangen ist, obwohl er für 2018 erwartet worden ist. Auf der Internetseite der Tennet steht nun, dass die Planfeststellungsbeschlüsse für den 4. und 5. Abschnitt erst für Ende 2019 erwartet werden. Bei den bisherigen Beratungen zu den Änderungen wurde erklärt, dass es zu keinen Verzögerungen für den Planfeststellungsbeschluss kommen wird. Er fragt an, welche Gründe zu diesen Verzögerungen geführt haben.

Herr Landrat Harrsen sagt eine schriftliche Antwort zu.

TOP 2.b
Rettungsdienst

Der Abg. Truels Reichardt berichtet, dass die Husumer Nachrichten am 7.11.2018 über die Sitzung des Finanz- und Hauptausschusses des Amtes Nordsee-Treene am 5.11.2018 berichtet hat. In dem Artikel wurde genannt, dass der Rettungsdienst 2016 nur 79,53% der Einsatzorte in der Hilfsfrist von 12 Minuten erreicht hat, 2017 sogar nur 79,29%. Gesetzlich vorgeschrieben sind 90%. Nordfriesland sei damit unter den Kreisen auf dem vorletzten Platz. Er stellt folgende Fragen:

- 1.) Stimmen die genannten Zahlen?
- 2.) Gibt es außer im Amt Nordsee-Treene und der Gemeinde Schwabstedt weitere Bestrebungen in Nordfriesland, First-Responder einzuführen? Wenn ja, wo?

Herr Landrat Harrsen sagt eine schriftliche Antwort zu.

TOP 2.c
Jugend im Kreistag

Der Abg. Truels Reichardt bezieht sich auf die Fachtagung „Wie ticken Jugendliche heute?“ am 17. September waren sich Vertreterinnen und Vertreter aller anwesenden Fraktionen einig, dass Format „Jugend im Kreistag“ wiederzubeleben. Er stellt folgende Frage: Ist darüber hinausgehend die Wahl eines Kinder- und Jugendbeirates durch einen solchen Jugend-Kreistag rechtlich möglich?

Herr Landrat Harrsen sagt eine schriftliche Antwort zu.

TOP 2.d
Bedarfsampel Stedesand

Der Abg. Oliver Gantz bezieht sich auf die geforderte Bedarfsampel in der Gemeinde Stedesand und die durchgeführten Gespräche. Er berichtet, dass der Landrat einen Vorort-Termin hatte. Er bittet um einen aktuellen Sachstand zum Fortschritt.

Herr Landrat Harrsen antwortet, dass er sich ein Bild vor Ort gemacht hat. Aus Verkehrssicherheitsgründen hält er dort eine Ampel für erforderlich. Der Landrat ist als untere Verkehrsaufsichtsbehörde für die Verkehrssicherheit zuständig. Das Land Schleswig-Holstein hat allerdings dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) einen Zustimmungsvorbehalt für den Bau von Ampeln eingeräumt. Durch diese Entscheidung hat das Land die Landräte schon vor längerer Zeit entmachtet. Die Landräte können Ampeln anordnen, allerdings nur mit Zustimmung des LBV. Er hat in diesem Fall mehrere Gespräche

mit dem Staatssekretär sowie dem Minister geführt. Er sagt zu, bei diesem Thema am Ball zu bleiben und weitere Gespräche zu führen.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift des Kreistages vom 21.09.2018

Der Kreistag stellt die Niederschrift über die Sitzung am 21.09.2018 einstimmig fest.

TOP 4

Bericht des Landrates zur Kampagne "Moin Lieblingsland"

Herr Landrat Harrsen stellt die Entstehung der Kampagne „Moin Lieblingsland“ vor.

Herr Meyer von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mbH (WFG) stellt anhand einer Präsentation die Kampagne vor und erläutert Fragen der Anwesenden.

TOP 5

Beratung und Beschlussfassung über Gremienbesetzungen sowie die Umbesetzung von Ausschüssen, Beiräten pp.

Herr stellv. Kreispräsident Siegfried Puschmann stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig folgende Umbesetzungen um Kultur- und Bildungsausschuss:

1. stellvertretendes Mitglied Friedrich Busch für Britta Lenz (bM)
2. stellvertretendes Mitglied Birte Matthiesen für Friedrich Busch
3. stellvertretendes Mitglied Antje Forgó (bM) für Birte Matthiesen
4. stellvertretendes Mitglied Lena Grützmacher (bM) für Telse Dierks
5. stellvertretendes Mitglied Telse Dierks für Lena Grützmacher (bM)

TOP 6

140/2018

Beratung und Beschlussfassung über Gremienbesetzungen sowie die Umbesetzung von Ausschüssen, Beiräten pp.

hier: Jugendhilfeausschuss

Herr stellv. Kreispräsident Puschmann stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag bestellt gem. § 4 Nr. 3 Buchst. c) der Satzung für das Jugendamt des Kreises Nordfriesland Frau Inga Andresen, Hattstedt, als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

TOP 7

137/2018

Beratung und Beschlussfassung über das Verfahren für die Wahl der Landrätin / des Landrates

Der Kreistag beschließt einstimmig:

- 1.) Die Stelle der Landrätin / des Landrates wird öffentlich ausgeschrieben. Die Einzelheiten der Ausschreibung werden abschließend vom Hauptausschuss beraten und beschlossen.
- 2.) Die Wahl durch den Kreistag findet am 10. Mai 2019 im Rahmen einer Sondersitzung statt.
- 3.) Der Hauptausschuss wird bevollmächtigt, im Einzelfall kurzfristig notwendig werdende Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Wahlverfahren abschließend zu treffen.

TOP 8

139/2018

Kenntnisnahme über die Umsetzung des Personalkostenzuschussbudgets bis 2017 sowie Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung bis 2019

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Manfred Uekermann, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag nimmt den Bericht zur Umsetzung des Personalkostenzuschussbudgets für die Jahre 2014 bis 2017 zur Kenntnis und beschließt, diese Verfahrensweise nicht nur für das Jahr 2018 sondern auch noch für 2019 fortzuschreiben.

TOP 9

142/2018

Beratung und Beschlussfassung über Erlass einer Jagdsteuersatzung für den Kreis Nordfriesland

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung einer Jagdsteuer.

TOP 10

159/2018

Beratung und Beschlussfassung über die Befreiung der Landrätin / des Landrates von den Beschränkungen des § 181 BGB für Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Entflechtung von Kreis Nordfriesland und Stiftung Nordfriesland

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die Landrätin / der Landrat wird von den Beschränkungen des § 181 BGB für nachfolgende Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Entflechtung von Kreis Nordfriesland und Stiftung Nordfriesland befreit:

Dies gilt für die Verträge zu den Vorlagen

- 122/ 2018 1. Erg. (Verlustausgleich Landestheater)
- 128/ 2018 1. Erg. (Übernahme Verbandsumlage Museumsverbund)
- 134/ 2018 1. Erg. (Überleitung Beschäftigte Kreismusikschule).

TOP 11

134/2018 1. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über die Überleitung des Personals der Kreismusikschule vom Kreis an die Stiftung Nordfriesland

Der Vorsitzende des Finanz- und Bauausschusses, Herr Florian Lorenzen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag stimmt der Überleitung des Personals der Kreismusikschule vom Kreis Nordfriesland auf die Stiftung Nordfriesland mit Wirkung vom 01.01.2019 zu.

122/2018 1. Ergänzung

TOP 12

Beratung und Beschlussfassung über einen Vertrag zwischen der Kulturstiftung und dem Kreis Nordfriesland zur Übernahme des jährlichen Verlustausgleichs bei der Schleswig-Holsteinischen Landestheater und Sinfonieorchester GmbH

Der Vorsitzende des Finanz- und Bauausschusses, Herr Florian Lorenzen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt den in der Anlage enthaltenen Vertrag mit der Stiftung Nordfriesland.

TOP 13

128/2018 1. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über eine Vereinbarung zwischen der Kulturstiftung und dem Kreis Nordfriesland zur Übernahme der Verbandsumlage des Zweckverbandes Museumsverbund Nordfriesland

Der Vorsitzende des Finanz- und Bauausschusses, Herr Florian Lorenzen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt den in der Anlage enthaltenen Vertrag mit der Stiftung Nordfriesland.

TOP 14

130/2018

Beratung und Beschlussfassung über die Teilnahme des Kreises Nordfriesland an der Entwicklungsphase von "TRAFO 2 - Modelle für Kultur im Wandel"

Der stellv. Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses, Herr Frank Zahel, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag stimmt einer Teilnahme an der Entwicklungsphase von „TRAFO 2 – Modelle für Kultur im Wandel“ zu.

TOP 15

66/2018 2. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der DLRG Kreisverbandes Nordfriesland e.V. auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses

Der stellv. Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses, Herr Frank Zahel, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Dem Antrag der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses auf 8.500 € ab 2019 wird zugestimmt.

TOP 16

141/2018

Beratung und Beschlussfassung über Trägerschaft und Umsetzung des Heidepflegeprogrammes „Heideprogramm 2.0“ aus ELER-Mitteln einschließlich der notwendigen Vorfinanzierung

Der Vorsitzende des Umwelt- und Energieausschusses, Herr Frank Petersen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die Umsetzung des ELER-Förderprojektes „Heideprogramm 2.0“ als Maßnahme zum verbesserten Schutz und zur Pflege der bestehenden Heideflächen auf Sylt sowie die Übernahme der Projektträgerschaft.

Die Umsetzung erfolgt nur, wenn entsprechende ELER-Mittel der EU als Refinanzierungsmittel zur Verfügung stehen.

Zur Finanzierung werden für die Jahre 2019-2025 (derzeit laufende Förderperiode plus folgende Förderperiode) jeweils 150.000 € jährlich an Eigenmitteln zur Vorfinanzierung zur Verfügung gestellt.

TOP 17

113/2018

Beratung und Beschlussfassung über Verwendung der Eigenmittel des Bundesprogramms Kita-Einstieg - Brücken bauen in Frühe Bildung

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Telse Dierks, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt, dass für die Finanzierung der Eigenmittel des Bundesprogramm „Kita Einstieg – Brücken bauen in Frühe Bildung für den Projektzeitraum des Bundesprogramms 01.09.2017 – 31.12.2020“ in Höhe von 51.000,00 € aus den Landesmitteln im Rahmen der Ausländer- und Aufnahmeverordnung finanziert werden.

TOP 18

114/2018

Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Beratung und Betreuung von Pflegefamilien nach § 86 Abs. 6 SGB VIII mit Kostenerstattung

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Telse Dierks, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt, die im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens ausgeschriebenen Aufgaben der Beratung und Betreuung von Pflegefamilien nach § 86 Abs. 6 SGB VIII mit Kostenerstattung für die Jahre 2019 bis 2024 auf Basis des im Jugendhilfeausschuss am 19. April 2018 beschlossenen Vertrages inklusive der Anlagen sowie der dort ebenfalls beschlossenen Kriterien an den Bewerber „Kinder- und Jugendbetreuung Nordfriesland“ zu vergeben.

TOP 19

124/2018

Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der Projekte „Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der sozialen Teilhabe in ländlichen Räumen“ und „Projektmanagement Mobilität als Motor der Kooperationsraumentwicklung“

Der stellv. Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Herr Martin Jansen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die Umsetzung der Projekte
A) „Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der sozialen Teilhabe in ländlichen Räumen“ aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ und

B) „Projektmanagement Mobilität als Motor der Kooperationsraumentwicklung“ als aktivregionsübergreifendes Vorhaben.

Die Umsetzung erfolgt abhängig der entsprechenden Fördermittelzusagen.

Zur Finanzierung der Eigenanteile werden für

A) insgesamt bis zu 66.500 Euro in 2019 und 2020 und

B) insgesamt bis zu 167.380 Euro für 2019 bis 2022 zur Verfügung gestellt.

Die Mittel zur Finanzierung sind zusätzlich im Haushalt 2019 ff. bereit zu stellen.

TOP 20

126/2018

Beratung und Beschlussfassung über einen Zuschuss für die Neuausrichtung der nordfriesischen Lammtage

Der stellv. Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Herr Martin Jansen, stellt die Vorlage vor.

Der Vorsitzende des Finanz- und Bauausschusses, Herr Florian Lorenzen, berichtet, dass der Finanz- und Bauausschuss folgenden Zusatz beschlossen hat:

„Zukünftige Haushalte des Kreises Nordfriesland sollen nicht mit mehr als aktuell 10.000 € belastet werden. Gleichzeitig sollen Synergien durch den Kreis, die WFG, die Verwaltung und seinen Vertretern erreicht werden.“

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt, dem Verein „Nordfriesische Lammtage e.V.“ für die Neuausrichtung der Lammtage, über die jährliche Förderung von 10.000 € hinaus, einmalig einen Betrag von 30.000 € im Wege eines Zuschusses zur Verfügung zu stellen. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der Förderzusage durch die AktivRegion.

Die Mittel zur Finanzierung sind zusätzlich im Haushalt 2019 bereit zu stellen. Zukünftige Haushalte des Kreises Nordfriesland sollen nicht mit mehr als aktuell 10.000 € belastet werden. Gleichzeitig sollen Synergien durch den Kreis, die WFG, die Verwaltung und seinen Vertretern erreicht werden.

TOP 21

Beratung und Beschlussfassung über einen Handlungsplan zur Wohnungsnot in Nordfriesland

Der Abg. Manfred Thomas stellt folgenden Antrag der SSW-Fraktion vor:

„Der Kreistag möge folgenden Handlungsplan beschließen:

1. Die Anwendung des « schlüssigen Konzeptes » wird ab dem 01.12.2018 bis zum 31.12.2021 ausgesetzt.
2. Folgende Personenkreise sind von dem Handlungsplan betroffen:
 - a. Bedarfsgemeinschaften bestehend aus Paaren mit Kindern;
 - b. Alleinerziehende ;
 - c: Nicht mehr berufstätige Menschen, welche auf ergänzende Leistungen zum Lebensunterhalt angewiesen sind.
3. Die Bestandsmieten und Neumieten werden ab dem 01.12.2018 bis zum 31.12.2021 bis zu 20% über den bisherigen Werten als angemessen akzeptiert und erstattet.
4. Der Kreis Nordfriesland verhandelt mit den kreisangehörigen Kommunen, dass der soziale Wohnungsbau in den Fokus des Vororthandelns gestellt wird.
5. Der Kreis Nordfriesland führt eine Monitoringkonferenz durch.“

Der Abg. Jürgen Laage stellt folgenden Antrag der SPD-Fraktion:

„Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Änderung der KdU-Richtlinie / des schlüssigen Konzeptes möglich ist, damit steigende Mieten in vielen Regionen Nordfrieslands besser berücksichtigt werden. Gewährleistet werden muss die bestehende weitgehende Rechtssicherheit.

Hier ist u.a.

- eine kleinteiligere Bildung der Mietpreisregionen,
- eine jährliche Anpassung der Mietpreisgrenzen,
- eine Anpassung der Angemessenheit auf das untere 1/3 der ermittelten Mieten,
- die grundsätzliche Anerkennung von Sozialwohnungsmieten als angemessen und
- die Verlängerung der Frist zur Mietabsenkung im Einzelfall bei ausreichendem Nachweis der Bemühungen der Suche einer angemessenen Wohnung

zu prüfen.

Die Verwaltung wird außerdem gebeten, ein bedarfs-gerechtes

Wohnungsvermittlungsmanagement an den Sozialzentren zu etablieren.

Das Wohnvermittlungsmanagement soll bezahlbaren Wohnraum im Sinne des schlüssigen Konzeptes ausfindig machen, Vermieter kontaktieren, Mietverträge vermitteln und die Betroffenen beim Abschluss neuer Mietverträge unterstützen.

Dies muss auf der Grundlage der Zahl der Wohnungslosen, der Wohnungsnotfälle und der Bedarfsgemeinschaften, die nachweislich in zu teuren Wohnungen leben, basieren.“

Der Abg. Lars Schmidt stellt folgenden Antrag vor:

„Ich beantrage folgende Punkte in den Handlungsplan zur Wohnungsnot aufzunehmen:

1. die Verwaltung des Kreises bittet alle Gemeinden und Städte des Kreises, mögliche Grundstücke, bei dem diese sich eine kooperative Entwicklung von kommunalem Wohnungsbau in Zusammenarbeit mit dem Kreis vorstellen können, bis spätestens 31.01.2019 zu melden. Diese Meldungen werden in das Kreisinformationssystem für alle Kreistagsmitglieder eingestellt.
2. Die Verwaltung möge aus allen eingehenden Vorschlägen bis zum 31.03.2019 eine Liste der Potentialflächen für Wohnbau in Nordfriesland aufstellen mit einer Vorabbewertung der baurechtlichen Umsetzbarkeit und einer Prognose für die zeitliche Umsetzbarkeit der Bebauung.
3. Die Verwaltung möge prüfen, ob die Stiftung Nordfriesland in ein kommunales Wohnungsprogramm als Erbpachtgeber möglicher Grundstücke, als Gesellschafter in möglichen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und in der Objektverwaltung eingebunden werden könnten und welche rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen wären.“

Der Abg. Oliver Gantz erklärt für die CDU-Fraktion, dass im Antrag der SPD-Fraktion folgender Satz „Die Verwaltung wird außerdem gebeten, ein bedarfs-gerechtes Wohnungsvermittlungsmanagement an den Sozialzentren zu etablieren.“ wie folgt abgeändert werden sollte: „Die Verwaltung wird außerdem gebeten, ein bedarfs-gerechtes Wohnungsvermittlungsmanagement an den Sozialzentren **oder an der zu gründenden Eckpfeiler gGmbH** zu etablieren.“.

Der Abg. Jürgen Laage erklärt für die SPD-Fraktion, dass dieser Halbsatz mit übernommen wird.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, Herr Manfred Steffens, merkt an, dass der Personenkreis von Menschen mit Behinderungen, die ambulant untergebracht sind, fehlt.

Der Abg. Lars Schmidt zieht seinen Antrag zurück und erklärt, dass er diesen Antrag unter TOP 25 (neu) erneut stellen wird.

Der Kreistag lehnt mit großer Mehrheit den o.g. Antrag der SSW-Fraktion ab.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Änderung der KdU-Richtlinie / des schlüssigen Konzeptes möglich ist, damit steigende Mieten in vielen Regionen Nordfrieslands besser berücksichtigt werden. Gewährleistet werden muss die bestehende weitgehende Rechtssicherheit.

Hier ist u.a.

- eine kleinteiligere Bildung der Mietpreisregionen,
- eine jährliche Anpassung der Mietpreisgrenzen,
- eine Anpassung der Angemessenheit auf das untere 1/3 der ermittelten Mieten,
- die grundsätzliche Anerkennung von Sozialwohnungsmieten als angemessen und
- die Verlängerung der Frist zur Mietabsenkung im Einzelfall bei ausreichendem

Nachweis der Bemühungen der Suche einer angemessenen Wohnung zu prüfen.

Die Verwaltung wird außerdem gebeten, ein bedarfs-gerechtes Wohnungsvermittlungsmanagement an den Sozialzentren oder an der zu gründenden Eckpfeiler gGmbH zu etablieren.

Das Wohnvermittlungsmanagement soll bezahlbaren Wohnraum im Sinne des schlüssigen Konzeptes ausfindig machen, Vermieter kontaktieren, Mietverträge vermitteln und die Betroffenen beim Abschluss neuer Mietverträge unterstützen.

Dies muss auf der Grundlage der Zahl der Wohnungslosen, der Wohnungsnotfälle und der Bedarfsgemeinschaften, die nachweislich in zu teuren Wohnungen leben, basieren.“

TOP 22

Beratung und Beschlussfassung über die Vermeidung von nicht ökologisch abbaubaren Materialien bei Veranstaltungen des Kreis Nordfriesland und seiner Institutionen

Der Abg. Stellfeld-Petersen stellt den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNE, WG-NF, SSW und FDP vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreis Nordfriesland wird in den Gebäuden der Kreisverwaltung, den beruflichen Schulen sowie der Rungholt- und der Carl-Ludwig-Jessen-Schule, im Klinikum NF sowie bei Veranstaltungen seiner Institutionen und Gesellschaften, an denen er beteiligt ist, auf Einwegplastik verzichten.

Dies betrifft:

- Kantinen, Catering bei Veranstaltungen: Mehrweg-Geschirr und Besteck; falls Einweg aus hygienischen Gründen notwendig ist (z. B. Becher für Wasserspender in Warteräumen), ist Pappe zu verwenden.
- Küchen, Teeküchen: Papiertüten (statt angeblich biologisch abbaubarer Plastiktüten) für den Biomüll
- Waschräume: Handseife ohne Mikroplastik
- Büroausstattung: Stifte mit auswechselbarer Mine
- sowie alle weiteren Bereiche, in denen Einwegplastik durch Mehrwegprodukte ersetzt werden kann (Medizinprodukte sind weitgehend ausgenommen).

Der Kreis fordert auch seine Gemeinden auf, sich aktiv an der Plastikvermeidung zu beteiligen und zu prüfen, wo Einwegplastik durch Mehrwegprodukte ersetzt werden kann.

TOP 23

Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergaberechts in Schleswig-Holstein“

Der Abg. Carsten-F. Sörensen stellt folgenden Antrag der SPD-Fraktion vor:

„Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreis Nordfriesland lehnt den Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergaberechts in Schleswig-Holstein (Drs. 19/861)“ in der vorliegenden Form ab.

Stattdessen werden die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/ die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag sowie die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens, dafür einzutreten, dass

- eine Änderung des Tariftreue- und Vergaberechts nicht zu Lasten von guter Arbeit, Sozialstandards und der Umwelt geht.
- einheitliche und verbindliche Ausschreibungskriterien bzw. Standards landesweit festgelegt werden.
- faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen auch weiterhin Bestandteil eines Tariftreue- und Vergabegesetzes in Schleswig-Holstein sind.
- eine nachhaltige Entwicklung auch weiterhin Bestandteil eines Tariftreue- und Vergabegesetzes in Schleswig-Holstein ist und Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen des Vergabeverfahrens verpflichtend berücksichtigt werden.
- Tariftreue verbindlich festgelegt wird und eine öffentliche Auftragsvergabe nur an Unternehmen erfolgt, die mindestens die Löhne zahlen, die in den jeweiligen repräsentativen Tarifverträgen der Branche vorgesehen sind.
- der schleswig-holsteinische Vergabemindestlohn weiter an die – ohnehin unterste – Lohngruppe des öffentlichen Dienstes gekoppelt und die Dynamisierung beibehalten wird.
- die bisherigen Bestimmungen zur Wertung unangemessen niedriger Angebote nicht entfallen.
- die Formulierung von sozialen und ökologischen Standards nicht ins wechselhafte Belieben von Vergabestellen gelegt wird.
- niemand in Beschäftigung und Beruf diskriminiert wird.
- Frau und Mann gleichgestellt sind.
- die Beschaffung von Produkten gefördert wird, die unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurden.
- in der Wertschöpfungskette keine Kinderarbeit stattgefunden hat.
- eine zuverlässige Kontrolle der gesetzlichen Regelungen erfolgt.“

Der Abg. Leif Bodin erklärt, dass die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion ablehnen wird.

Der Abg. Truels Reichardt erklärt, dass die SPD-Fraktion ihrem Antrag zustimmen wird.

Der Abg. Danny Greulich erklärt, dass die GRÜNE-Fraktion den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion ablehnen wird.

Der Abg. Michael Lorenzen erklärt, dass die WG-NF-Fraktion den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion ablehnen wird.

Der Abg. Ulrich Stellfeld-Petersen erklärt, dass die SSW-Fraktion dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zustimmen wird.

Der Abg. Berthold Brodersen erklärt, dass die FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion ablehnen wird.

Der Abg. Karl-Hermann Abraham erklärt, dass die AfD-Fraktion den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion ablehnen wird.

Der Kreistag lehnt mehrheitlich den v.g. Antrag der SPD-Fraktion ab.

TOP 24

Beratung und Beschlussfassung über Verwendungsnachweise für Fördergelder des Kreises

Der Abg. Danny Greulich stellt folgenden Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNE und FDP vor:

„Der Kreistag möge beschließen, dass ab 2018 für alle vom Kreis zugesagten Fördergelder jährlich unaufgefordert vom Empfänger/von der Empfängerin ein detaillierter Verwendungsnachweis mit einer Planung für die Zukunft einzureichen ist.

In diesem werden

1. alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres dargestellt bezogen auf den Verwendungszweck sowie
2. eine entsprechende Planung für das nächste Jahr - verbunden mit einer klaren Zielsetzung und einer Strategie, wie die Förderung des Kreises in Zukunft ggf. verringert werden kann.

Bei Bedarf berät die Kreisverwaltung bei der Aufstellung der Nachweise und der Planung.“

Die Abg. Sybilla Nitsch stellt folgenden Änderungsantrag der SSW-Fraktion vor:

Der Kreistag möge folgende Änderungen beschließen:

Satz 1: „zugesagten Fördergelder **ab 10.000 €** jährlich...“

Nr. 2 erhält folgende Fassung: „2. eine entsprechende Planung für das nächste Jahr - verbunden mit einer klaren Zielsetzung **für kommende Förderungen.** (Rest gestrichen)“

Der Abg. Ulrich Stellfeld-Petersen zieht den Antrag der SSW-Fraktion zurück.

Der Abg. Uwe Schwalm beantragt eine Überweisung des Antrages von CDU, GRÜNE und FDP in den Finanz- und Bauausschuss zur weiteren Beratung.

Der Kreistag überweist den Antrag von CDU, GRÜNE und FDP zur weiteren Beratung einstimmig in den Finanz- und Bauausschuss.

TOP 25

Beratung und Beschlussfassung über einen Prüfauftrag zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Der Abg. Truels Reichardt stellt folgenden Antrag der SPD-Fraktion vor:

„Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landrat wird beauftragt, bis zur Kreistagssitzung im Februar 2019 zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft möglich ist. Dabei sollen die unterschiedlich möglichen Rechtsformen und Möglichkeiten der Beteiligung Dritter, insbesondere die Beteiligung der nordfriesischen Ämter, Städte und Gemeinden gegeneinander abgewogen werden. Unter anderem sollen so vermehrt kleinere, förderungsfähige und barrierefreie Wohnungen im Sinne des Wohnberechtigungsscheines entstehen sowie das gemeinschaftliche Wohnen in Mehrgenerationenhäusern sowie inklusive oder auch interkulturelle Wohnprojekte ermöglicht werden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch gezielte Beratung, Förderung und Unterstützung die Gründung neuer kommunaler Wohnungsbaugesellschaften in Schleswig-Holstein zu stärken.
3. Der Bund wird aufgefordert, Liegenschaften in Bundeseigentum zur Schaffung von günstigem Wohnraum rechtssicher günstig oder unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
4. Die Verwaltung des Kreises wird beauftragt alle Gemeinden und Städte des Kreises zu bitten, mögliche Grundstücke, bei denen sie sich eine Entwicklung von kommunalem Wohnungsbau, in Zusammenarbeit mit dem Kreis, vorstellen können, zeitnah zu melden. Die Meldeergebnisse sind dem Kreistag mitzuteilen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, aus allen Vorschlägen eine Liste der Potentialflächen für Wohnungsbau in Nordfriesland aufzustellen. Die Aufstellung ist mit einer Vorabbewertung der baurechtlichen Umsetzbarkeit zu verbinden.“

Der Abg. Lars Schmidt stellt folgenden Antrag vor:

„Der Kreistag möge beschließen:

1. die Verwaltung des Kreises bittet alle Gemeinden und Städte des Kreises, mögliche Grundstücke, bei dem diese sich eine kooperative Entwicklung von kommunalem Wohnungsbau in Zusammenarbeit mit dem Kreis vorstellen können, bis spätestens 31.01.2019 zu melden. Diese Meldungen werden in das Kreisinformationssystem für alle Kreistagsmitglieder eingestellt.
2. Die Verwaltung möge aus allen eingehenden Vorschlägen bis zum 31.03.2019 eine Liste der Potentialflächen für Wohnbau in Nordfriesland aufstellen mit einer Vorabbewertung der baurechtlichen Umsetzbarkeit und einer Prognose für die zeitliche Umsetzbarkeit der Bebauung.
3. Die Verwaltung möge prüfen, ob die Stiftung Nordfriesland in ein kommunales Wohnungsprogramm als Erbpachtgeber möglicher Grundstücke, als Gesellschafter in möglichen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und in der Objektverwaltung eingebunden werden könnten und welche rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen wären.“

Der Abg. Christian Schmidt bittet für die CDU-Fraktion die SPD-Fraktion in ihrem Antrag unter Punkt 4 hinter „mögliche Grundstücke“ die Worte „im kommunalem Eigentum“ zu ergänzen.

Der Abg. Erik Kennel bittet für die WG-NF-Fraktion die SPD-Fraktion in ihrem Antrag unter Punkt 3 den ersten Halbsatz wie folgt zu formulieren: „Der Bund und das Land werden aufgefordert, Liegenschaften in Bundes- bzw. Landeseigentum...“.

Der Abg. Jürgen Laage erklärt für die SPD-Fraktion, dass die beiden v.g. Änderungswünsche in den SPD-Antrag übernommen werden.

Der Abg. Lars Schmidt zieht seinen o.g. Antrag zurück.

Der Abg. Berthold Brodersen beantragt für die FDP-Fraktion eine getrennte Abstimmung über den SPD-Antrag.

Der Abg. Florian Lorenzen regt an, dass die Ergebnisse im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Arbeits- und Sozialausschusses vorgestellt werden. Weiter möge die Verwaltung darstellen, welche Ideen andere Kreise zur Thematik haben.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Landrat wird beauftragt, bis zur Kreistagssitzung im Februar 2019 zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft möglich ist. Dabei sollen die unterschiedlich möglichen Rechtsformen und Möglichkeiten der Beteiligung Dritter, insbesondere die Beteiligung der nordfriesischen Ämter, Städte und Gemeinden gegeneinander abgewogen werden. Unter anderem sollen so vermehrt kleinere, förderungsfähige und barrierefreie Wohnungen im Sinne des Wohnberechtigungsscheines entstehen sowie das gemeinschaftliche Wohnen in Mehrgenerationenhäusern sowie inklusive oder auch interkulturelle Wohnprojekte ermöglicht werden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch gezielte Beratung, Förderung und Unterstützung die Gründung neuer kommunaler Wohnungsbaugesellschaften in Schleswig-Holstein zu stärken.
3. Der Bund und das Land werden aufgefordert, Liegenschaften in Bundes- bzw. Landeseigentum zur Schaffung von günstigem Wohnraum rechtssicher günstig oder unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Der Kreistag beschließt – bei 4 Gegenstimmen – mehrheitlich:

4. Die Verwaltung des Kreises wird beauftragt alle Gemeinden und Städte des Kreises zu bitten, mögliche Grundstücke im kommunalen Eigentum, bei denen sie sich eine Entwicklung von kommunalem Wohnungsbau, in Zusammenarbeit mit dem Kreis, vorstellen können, zeitnah zu melden. Die Meldeergebnisse sind dem Kreistag mitzuteilen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, aus allen Vorschlägen eine Liste der Potentialflächen für Wohnungsbau in Nordfriesland aufzustellen. Die Aufstellung ist mit einer Vorabbewertung der baurechtlichen Umsetzbarkeit zu verbinden.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr stellv. Kreispräsident Siegfried Puschmann um 14:05 Uhr die Sitzung des Kreistages.

Siegfried Puschmann
stellv. Kreispräsident

Henning Christiansen
Protokollführer

**Anwesenheitsliste
über die Sitzung des Kreistages am 16. Nov. 2018**

Kreispräsident Siegfried Puschmann

Die Abgeordneten:

Danny Greulich

Karl-Hermann Abraham

Claus-Carsten Andresen

Heinke Arff

Leif Bodin

Margitta Broda

Berthold Brodersen

Friedrich Busch

Sina Clorius

Michel Deckmann

Telse Dierks bis 14:00 Uhr

Martin Drews bis 14:00 Uhr

Esther Drewsen

Mery Ebsen bis 13:05 Uhr

Torge Feddersen

Volker Feddersen

Gary Funck

Oliver Gantz

Kirsten Hartmann

Hans-Ulrich Hess

Martin Jansen

Hauke Jensen

Jürgen Jungclaus

Erik Kennel

Jürgen Laage

Florian Lorenzen

Michael Lorenzen

Udo Maart

Birte Matthiesen

Sabine Müller

Thomas Nissen

Sybilla Nitsch

Olde Oldsen

Frank Petersen bis 13:45 Uhr

Johann Petersen

Truels Reichardt

Susanne Rignanese

Regine Scheuermann

Christian Schmidt

Lars Schmidt

Dr. Peter Schröder

Torsten Schumacher

Uwe Schwalm

Carsten-Friedrich Sörensen

Ulrich Stellfeld-Petersen

Jörg Tessin

Manfred Thomas bis 13:45 Uhr

Andrea Timm-Meves bis 13:15 Uhr

Manfred Uekermann

Frank Zahel

Landrat Dieter Harrsen sowie verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zu den jeweiligen Tagungsordnungspunkten.